

Fremdsprachen in der Primarschule

Bersets heikler Eingriff im Sprachenstreit

vonChristof Forster, Bern / 6.7.2016, 20:00 Uhr

Im Streit um den Fremdsprachenunterricht baut Berset eine Drohkulisse auf. Halten sich die Kantone nicht an die Regeln, interveniert der Bund. Dabei könne viel schief laufen, so die Kantone warnend.

Es ist ein vermintes Terrain, auf das sich Innenminister Alain Berset begibt. In der Sprachenfrage sind mit dem nationalen Zusammenhalt, dem Föderalismus und dem Subsidiaritätsprinzip zentrale Pfeiler der Schweiz tangiert. In der Westschweiz wird genau beobachtet, welchen Stellenwert die Sprache der Minderheit in den Deutschschweizer Kantonen einnimmt. So war die Freude in der Romandie gross, als das Nidwaldner Stimmvolk 2015 ein deutliches Signal für Frühfranzösisch sendete. Irritationen löst hingegen die Absicht des Kantons Thurgau aus, Französisch in der Primarschule zu streichen. Die Thurgauer Regierung pocht indes auf die kantonale Kompetenz in der Bildung und beklagt das geplante Eingreifen des Bundes.

Drei Varianten

Mit der am Mittwoch präsentierten Revision des Sprachengesetzes will der Bundesrat eine Drohkulisse gegenüber den Kantonen aufbauen. Die Botschaft lautet: Haltet euch an die Regeln, die ihr selber vereinbart habt. In erster Linie ist sie an den abtrünnigen Kanton Thurgau gerichtet, aber auch an Uri und Appenzell Innerrhoden, die das Modell 3/5 noch nicht umgesetzt haben. Dieses sieht vor, dass die erste Fremdsprache ab der 3. Primarklasse und die zweite ab der 5. Primarklasse unterrichtet wird.

ANZEIGE



Der Bundesrat setzt mit der Vorlage zudem ein Zeichen gegenüber den Kantonen Basel-Landschaft, Glarus, Graubünden, Luzern, St. Gallen und Zürich, in denen Initiativen (in Glarus der Regierungsrat) den Unterricht einer zweiten Fremdsprache in der Primarschule infrage stellen. Dabei ist – meist implizit – Französisch gemeint.

Der Bundesrat will vorschreiben, dass der Unterricht in Französisch beziehungsweise Deutsch bereits in der Primarschule beginnt. Er stellt dabei drei Varianten zur Diskussion, die den Kantonen unterschiedlich viel Spielraum lassen. Vorschlag 1 sieht vor, dass der Unterricht in der

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.